

«Wir alle wollen die Monarchie»

Auftakt der FBPL-Verfassungsoffensive - Rege Diskussionen in Vaduz

«Wir alle wollen die Beibehaltung der Monarchie, denn die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung steht dazu». Trotz dieser Aussage diskutierten die interessierten Teilnehmer beim Auftakt der FBPL-Verfassungsoffensive in der Gemeinde Vaduz sehr kontrovers. Meinungen zu den zentralen Fragen wurden offen diskutiert und mit sachlichen Fakten und Argumenten untermauert.

Peter Kindler

Dass die von der FBPL lancierte Verfassungsoffensive nötig ist, zeigte nicht nur die rege Besucherzahl an der Auftaktveranstaltung im Vaduzer Restaurant «Falknis», sondern auch die Tatsache, dass sich gemäss einer Umfrage vor Beginn der Diskussionsrunde rund ein Drittel der anwesenden Teilnehmer in der Verfassungsfrage eher schlecht informiert fühlte. Die gleiche Umfrage nach der knapp zweistündigen Gesprächsrunde brachte ans Licht, dass fast ausnahmslos alle Veranstaltungsbesucher gut informiert nach Hause zurückkehren durften.

Zentrale Themen diskutiert

Zur Diskussion standen die sechs zentralen Themen, an welchen auch die Verhandlungen zwischen Fürstenhaus



Kontroverse Diskussionen bei der FBPL-Verfassungsoffensive in Vaduz.

und Verfassungskommission des Landtages scheideten.

Der Verfassungsvorschlag des Landesfürsten, ein Selbstbestimmungsrecht für Gemeinden zu institutionalisieren, wurde eher skeptisch, aber auch offen diskutiert. «Diese Art von Selbstbestimmungsrecht ist für Liechtenstein eine Nummer zu gross», war aus den Rei-

hen der Diskussionsteilnehmer zu vernehmen. «Das Recht auf Selbstbestimmung ist totes Recht, welches sowieso nie zur Anwendung kommen wird», lautete eine andere Aussage im Diskussionskreis. Es sei grundsätzlich kein Problem, die beiden Artikel 1 und 4 des Verfassungsvorschlages des Fürstenhauses anzunehmen.

Kontroverse Diskussionen gab es auch zum Thema «Vorschlagsrecht und Unabhängigkeit der Gerichte». Während man das Ansinnen des Fürstenhauses anerkannte, die parteipolitische Färbung aus den Gerichten herauszubringen, fiel unter den Diskussionsteilnehmern auch das Argument, dass die Verfassung in Zukunft vermehrt nach «Gutdünken» des Landesfürsten ausgelegt werden könnte, falls

dieser die Richter auswähle. Der Tenor in der Gesprächsrunde zeigte die Tendenz auf, dass man eher am jetzt gültigen Verfassungsrecht festhalten möchte.

Bei der Diskussionsfrage, ob es vernünftig sei, in der Verfassung die Möglichkeit einzuräumen, die Monarchie durch eine Volksabstimmung abzuschaffen, wurde äusserst kritisch diskutiert. «Wir alle wollen die Monarchie, denn der überwiegende Teil der Bevölkerung steht dazu».

Geht der Fürst nach Wien?

In diesem Zusammenhang sei es ohnehin kaum möglich, an der Abstimmung durch die Erwägung rein sachlicher Argumente eine Entscheidung zu treffen. Es spiele bei der Abstimmung immer wieder die Komponente mit, dass der Landesfürst seinen Wohnsitz nach Wien verlegen werde, falls sein Vorschlag nicht angenommen werde. «Die Abstimmung wird auf emotionaler Ebene ablaufen, der Wunsch des Landesfürsten, nach Wien zu gehen, ist tief verankert. Für mich bedeutet das Angst vor der ungewissen Zukunft», merkte ein Diskussionsteilnehmer an.

Notverordnungsrecht als zentraler Negativpunkt

Die geplanten Änderungen im Bereich des Notverordnungsrechtes im Verfassungsvorschlag des Landesfürsten wurde von einer Vielzahl der Besucher als grosser Negativpunkt bewertet. «Ich denke, es ist eine klare Stärkung der Monarchie, wenn der Landesfürst einzelne Regierungsmitglieder absetzen darf. Dabei wurde von den Teilnehmern der Gesprächsrunde angeregt, dass eventuell eine direkte Wahl der Regierung durch das Volk eine geeignete Lösung wäre, dieser Schwächung der Demokratie Gegengewicht zu geben.



Bedürfnis nach Revision aus Konflikt entstanden

Diskussion der strittigen Verfassungspunkte: Grundlagen zur Meinungsbildung liefern

Gut 40 Personen haben das Angebot der FBPL, sich anlässlich einer Verfassungsdiskussion eine eigene Meinung bilden zu können, angenommen. Im «Deutschen Rhein» in Bendern wurde gestern Abend angeregt diskutiert. Die Voten machten deutlich, dass einige der Anwesenden die Argumentation des Landesfürsten nicht verstehen.

Adi Lippuner

Hansruedi Sele erläuterte zu Beginn der Diskussionsrunde die strittigen Punkte der Verfassung. «Aus einem Konflikt ist das Bedürfnis zur Überarbeitung entstanden.» Unterstützung erhielt der Gesprächsleiter vom FBPL-Landtagsabgeordneten Gabriel Marxer. Dieser erläuterte dem engagiert mitdiskutierenden Publikum die Vorgehensweise des Landtages.

Die freiwillige Mitgliedschaft der Gemeinden beim Staat (Artikel 1 und 4) wurde von den Diskussionsteilnehmern als «nur schwer nachvollziehbar», bezeichnet. Auch die Erklärung, der Fürst wolle eine Vision umsetzen, damit das Land Liechtenstein als Beispiel für andere, grössere Staaten herangezogen werden könne, löste weitgehend Kopfschütteln aus.

Parteilpolitisch gefärbt

Noch härter waren die Voten bei der Richterernennung. Einige waren sich die Anwesenden, dass die Bestellung der Richter von der Parteipolitik gelöst werden sollte. Die «Problemfälle» der letzten Jahre wurden klar beim Namen genannt. Dabei kam aus dem Publikum das Votum, dass es durchaus nicht gleichgültig sein, vor welchem Richter man stehe. «Ich habe selbst die Erfahrung machen müssen, dass ein Richter durchaus nicht so entscheidet, wie es



Die Information über die geplante Verfassungsänderung aus dem Fürstenhaus lieferte Diskussionsstoff.

(Bild: bak)

von einem Mann der der Wahrheitsfindung verpflichtet ist, zu erwarten wäre», berichtete einer der Anwesenden. Zu stark parteipolitische Richterernennungen oder eine bessere Trennung von Politik und Richter könnte aber bereits mit der Einführung einer Zweidrittelmehrheit im Landtag erreicht werden, lautete der Vorschlag.

Gegenvorschlag nötig

Die Kritik der Diskussionsrunde, der Landtag oder die Verfassungskommission hätten einen Gegenvorschlag zu den Verfassungsvorschlägen aus dem Fürstenhaus erarbeiten sollen, wurde von Gabriel Marxer entschärft. «Die

Verfassungskommission hatte nicht den Auftrag, einen Gegenvorschlag zu den Ideen des Fürsten zu erarbeiten.

Die Drohung des Landesfürsten, seinen Wohnsitz ins Ausland zu verlegen, verunsichert viele Menschen in diesem Land. Dies wurde auch gestern Abend im Verlaufe der Diskussion deutlich. Gemäss dem FBPL-Parteipräsidenten Ernst Walch habe er bei einer der Diskussionsrunden auf dem Schloss genau dieses Thema zur Sprache gebracht. Es sei denkbar, dass der Fürst eine temporäre Wohnsitznahme im Ausland in Erwägung ziehe. Allerdings würde er trotzdem Staatsoberhaupt bleiben. «Dieses Vorgehen würde keine beson-

deren Auswirkungen auf das Land haben.»

Angesprochen wurde auch das Abstimmungsprozedere. Mehrfach wurde der Wunsch geäussert, dass nicht über alle Änderungsvorschläge gesamthaft, sondern über die strittigen Punkte einzeln abgestimmt werden sollte. Denkbar wäre auch, dass die Regierung den Verfassungsvorschlag des Fürsten in den Landtag einbringt, dann wäre dort eine Diskussion möglich. Werden die Änderungsvorschläge mittels einer Initiative aus dem Volk zur Abstimmung gebracht, könne der Landtag nur «Ja» oder «Nein» sagen, erklärte Gabriel Marxer.

MEINUNGEN

«Die Verfassung ist ein Dokument, das die Grundgesetze eines Landes festlegt. Sie muss flexibel sein, um auf Veränderungen reagieren zu können.»

«Die Verfassung ist ein Dokument, das die Grundgesetze eines Landes festlegt. Sie muss flexibel sein, um auf Veränderungen reagieren zu können.»

«Das Signal, nach Wien zu gehen, ist falsch. Die Bevölkerung will die Monarchie behalten.»

«Wir alle wollen die Monarchie, denn der überwiegende Teil der Bevölkerung steht dazu.»

«Die Abstimmung wird auf emotionaler Ebene ablaufen. Der Wunsch des Landesfürsten, nach Wien zu gehen, ist tief verankert. Für mich bedeutet das Angst vor der ungewissen Zukunft.»

«Ich würde es sehr begrüßen, über die Verfassung nicht im Paket abstimmen zu müssen, sondern über einzelne Punkte Entscheidungen zu treffen.»

«Die Entscheidung bei der Volksabstimmung wird bei vielen eine Entscheidung im dem Bauch sein.»

«Es ist klar, dass der Initiant bestimmt, was überhört zur Abstimmung kommt.»

«Das ist ein fauler Handel, wir bekommen im Gegenzug nichts dafür. Das ist das fatale am ganzen Verfassungsvorschlag. Hier geht es um Eingemächte der demokratischen Rechte.»

«Der Fürst untersteht nach dem neuen Verfassungsvorschlag keinem Gericht mehr.»

«Egal wer die Richter bestellt, das heisst noch lange nicht, dass die Richter besser sind.»

«Das demokratische Empfinden wird dadurch verletzt.»

«Wer einmal vor Gericht stand wird sich bemühen, dass die Rechtsprechung unabhängig geführt ist.»

«Dieser Artikel macht nicht mehr als die Austrittsmöglichkeit einer Gemeinde. Die Personen möchte ich sehen, die gegen den Fürsten einen Misstrauensantrag austreten.»

«Ich kann nicht verstehen, weshalb der Landtag nicht einen eigenen Verfassungsvorschlag erarbeitet hat.»

Nächste Diskussionsrunden:

Am Freitag, den 28. April 2000, werden die Verfassungsdiskussionsrunden in den Gemeinden Ruggell und Triesenberg fortgesetzt. Die Diskussionsrunden finden wie folgt statt:

- Triesenberg: Restaurant Edelweiss
 - Ruggell: Café Oehrl
- Veranstaltungsbeginn ist jeweils um 18.00 Uhr.

REKLAME

PRO COLORE
Foto und Optik
Farb-Foto-Fachlabor
Etablissement · FL-9494 Schaan
Tel. 00423 / 232 21 84
Filiale Eschen
Tel. 00423 / 370 15 00